



KP in Saudi-Arabien führt einen mutigen Kampf

Von Fritz Balke

Die Kommunistische Partei in Saudi-Arabien (KPSA), eine der jüngsten Abteilungen der internationalen kommunistischen Bewegung, wirkt in einem sich kapitalistisch entwickelnden Land mit reaktionärem Regime unter Bedingungen tiefster Illegalität. Im Jahre 1975 aus der bereits 1956 gegründeten „Nationalen Befreiungsfront Saudi-Arabiens“ hervorgegangen, versteht sie sich als Partei der Arbeiterklasse, als Interessenvertreterin der armen Schichten der Bauern, der revolutionären Intelligenz und der anderen Werktätigen des Landes. Über den opferreichen Kampf der Kommunisten in Saudi-Arabien dringt nur wenig an die Öffentlichkeit. Die Partei wird seit ihrer Gründung mit brutalsten Mitteln verfolgt. Die herrschende Feudalaristokratie zwingt alle demokratischen Kräfte in die Illegalität. Politische Parteien, Gewerkschaften und Organisationen sind verboten.

Zunehmende Unzufriedenheit, wachsende Opposition

Die rasche sozial-ökonomische Entwicklung unter den Bedingungen eines reaktionären Regimes blieb nicht ohne soziale Spannungen. Sie wurden durch wachsende ökonomische Schwierigkeiten als Folge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise in den letzten Jahren noch vertieft. Die Einnahmen gingen durch den Verfall der Ölpreise drastisch zurück. Die Folge war, daß es in Bauwesen, Handel und Finanzen zu einer Stagnation kam und

Dennoch macht die historische Entwicklung auch um Saudi-Arabien keinen Bogen. Besonders im letzten Jahrzehnt entwickelten sich beschleunigt kapitalistische Produktionsverhältnisse, die zum Teil monopolistische Züge aufweisen. Deutlich sichtbar ist dies im alles dominierenden Erdölsektor, der 90 Prozent des Nationaleinkommens und 99 Prozent der Valutaeinnahmen bringt. Damit einher geht eine rasche Entwicklung der Arbeiterklasse. In dem dünn besiedelten Land sind gegenwärtig zwei Millionen ausländische Arbeitskräfte aus etwa 50 Ländern tätig. Das sind zwei Drittel aller Beschäftigten. Die ausländischen Arbeiter stehen am unteren Ende der sozialen Stufenleiter, während die einheimischen Arbeitskräfte eine Art Arbeiteraristokratie mit gewissen Vergünstigungen bilden. Damit soll einer Aktionseinheit der Arbeiterklasse entgegengewirkt werden.

Hunderte Klein- und Mittelbetriebe bankrott gingen. Gegenwärtig verlassen monatlich etwa 60 000 ausländische Arbeitskräfte das Land. Erstmals sind auch saudi-arabische Bürger von Entlassung betroffen. Selbst Angehörige der Intelligenz ereilt dieses Schicksal. Nach Angaben der saudi-arabischen Presse waren Ende 1986 6800 Hochschulabsolventen ohne Arbeit. Eine große Belastung für die Wirtschaft des Landes sind die

zwischen 30 und 40 Prozent des Budgets verschlingenden Militärausgaben. Nach Einschätzung der KPSA übersteigen sie die Verteidigungsbedürfnisse des Landes beträchtlich und machen Saudi-Arabien zur Basis der militärischen Präsenz der USA in der Region.

Alle diese Erscheinungen führten zu einer beträchtlichen Verschlechterung der Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung und zu wachsender Unzufriedenheit bis in die Bourgeoisie hinein. Verschiedene Stämme, aus denen die saudi-arabische Gesellschaft bis heute besteht, stehen traditionell in Opposition zum Zentralstaat. Hinzu kommt eine wachsende religiöse Opposition, die sich gegen die Diskriminierung religiöser Minderheiten wie Schiiten, Zaiditen und Ismaeliten durch die herrschende sunnitische Oberschicht wendet. Eine immer größere Rolle spielt in den letzten Jahren die politische Opposition, die sowohl aus revolutionär-demokratischen als auch aus bürgerlich-republikanischen Strömungen besteht. Als es Ende 1979 zur Besetzung der Großen Moschee in Mekka durch bewaffnete oppositionelle Kräfte und zu Massenaktionen in der östlichen Erdölprovinz kam, wurde das Ausland auf die sich verschärfenden politischen Spannungen in Saudi-Arabien aufmerksam.

Die KPSA hat diese Entwicklung analysiert und daraus Schlußfolgerungen für ihre Politik und Strategie abgeleitet. Auf einem